

Die Euromediterrane-Partnerschaft , eine neue zukünftige Vision

Kouider OUCI
Université d'Oran 2

Abstract

In order to understanding both the history and the performances of a cooperative and succeeded regional partnership it is so necessary to understand the reasons behind constructing such regional political, economic and social Partnership.

The Euro-Mediterranean Partnership was established and designed to cope with all kinds of potential threats emerging from the south Mediterranean countries because of the need of urgent reforms , and secondly to enhance the development in these countries and sharing the benefits of the economics .

Die Geschichte der Euromediterranen -Partnerschaft

Während der Barcelona Konferenz wurde 1995 die Euromediterrane-Partnerschaft durch drei thematische Programmkörbe gebildet;

-Der politische Korb I (Demokratiebekenntnis, Rechtsstaatlichkeit, fundamentale Freiheiten und Menschenrechte, gesellschaftlicher Pluralismus).

-Der Wirtschafts- und Finanzkorb II (Freihandelszone).

-Der sozio-kulturelle Korb III (der Zivilgesellschaft).

Das EMP ¹ Finanzierungsinstrument war von 1994---1999 das MEDA I (Mésures d'accompagnement financières et techniques) und von 2000 bis 2006 das MEDA II. Zwischen 1957 bis 1990 wurden im Rahmen der 5+5 Dialoge der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum und das Mittelmeerforum sowie multilaterale Abkommen zwischen der EG²/ EU und Tunesien veranstaltet.

Heute nehmen 27 EU-Staaten und 16 Mittelmeerländer an der EMP teil. Die anfangs multilaterale Kooperation in der Partnerschaft macht heute nur noch 10% aus, während

¹ EMP steht für die Euromediterrane- Partnerschaft.

² EG bedeutet die europäische Gemeinschaft.

90% auf bilateralen Verträgen basiert. Hinzu kam mit der ENP³ 2005 sowohl der Korb IV für Justiz, Sicherheit und Migration als auch ein neues Finanzierungsinstrument in der Höhe von 450 Mio. Euro namens ENPI (Europäisches Nachbarschaft und Partnerschaftsinstrument).

Die ENP versucht eine Reihe von Problemen, welche in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 aufzurollen, wobei die Perzipierte Bedrohung Europas durch Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, regionale Konflikte und „*failed states*“ diskutiert werden. Daneben erhalten die nordafrikanischen Staaten noch Gelder aus diversen anderen Programmen wie zum Beispiel dem Development and Cooperation Instrument (DCI), Twinning Programm und dem vornehmlichen Instrument der Demokratieförderung European Initiative for Democracy and Human Rights (EIDHR).

Die sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten

Es gibt zahlreiche Gründe, die die Instabilität des Mittelmeerraumes bewirken können. Darunter gibt es zum einen die Abwesenheit notwendiger Reformen, aus dem sich der gegenwärtige politische Stillstand ergibt, und zum anderen die symbiotische Machtverflechtung zwischen öffentlichem und privatem Sektor, die den Nepotismus in den schlimmsten Auswüchsen gedeihen lässt, dessen Konsequenzen schließlich wirtschaftliche Unterentwicklung und soziale Ungleichheit verursachen. Dies kann vermutlich zur gesellschaftlichen Frustrationen führen⁴.

Der Bericht der Weltbank⁵, der im Oktober 1995 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Amman herausgegeben wurde, zeigte, dass das reale Pro-Kopf-Einkommen in der MENA-Region jährlich um 2 % gefallen ist. Überdies beläuft sich die Wirtschaft des Nahen und Mittleren Ostens lediglich auf 2 %⁶ der Welt-GDPs, ohne vergessen dass

³ ENP steht für die europäische Nachbarschaftspolitik

⁴ **Benyaklef, Mustafa** (1997): Socio-economic Disparities in the Mediterranean, in: Gillespie, Richard : The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London 1997, S. 96

⁵ **Weltbank (1995)**: Claiming the Future. Choosing prosperity in the Middle East and North Africa, Washington.

⁶ **Koch Weser, Caio** (1999): Herausforderung und Vision. Die wirtschaftliche Wiederbelebung des Nahen Ostens und Nordafrikas, in: Internationale Politik, Nr. 7, Bonn, S. 43 .

die Region 5 % der Weltbevölkerung besitzt⁷, was als der größte Rückgang und das geringste volkswirtschaftliche Umsetzungsverhältnis unter allen entwickelten Regionen weltweit angesehen wird.

In Anlehnung an dieser von negativen Trends durchsetzten Berichterstattungen zeigten die *Arab Human Development Reports* der Jahre 2002 und 2003 dass, die MENA Region unter vielen Defizite leidet, die vom Mangel an einer „Knowledge Society“ bis zu Entwicklungsproblemen reicht, die als ein wesentlicher Faktor für die schlechte Lage der arabischen Welt betrachtet werden. Die Förderung der euro-mediterranen Freihandelszone von der EU bezweckte damit, die in den Mittelmeerländern ökonomischen Ursachen der Unstabilität und politischen Radikalisierung zu beseitigen⁸.

Die wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft zielte auf die Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums Europa- Mittelmeer bis zum Jahr 2010, dessen Kern eine euro-mediterrane Freihandelszone für Industriegüter bildet. Dank des „*Establishing a common Area of Peace and Stability*“⁹ kann man in den arabischen MDL den sozioökonomischen Migrationsdruck in Richtung Europa einschränken¹⁰. Ferner sieht die FEM vor, dass sich die MDL den technischen Normen und Standards sowie dem Wettbewerbsrecht der EU anpassen.

Die europäische Normen und Spezifizierungen müssen von den arabischen Exporteuren innerhalb von 12 Jahren entsprochen werden. So erklärte der ehemalige Vorsitzender der ägyptischen Industrieunion, *Faris Khamis*, wie folgt: „*It took Europe 200 years to reach these standards, and it was not fair to force Egypt to conform to*

⁷ **Chalak, Al-Fadel** (2003): Challenges to Economy and State in the Middle East, in: Looking Ahead, Challenges for Middle East Politics and Research, Edited papers of a workshop held at Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin in co-operation with EuroMeSCo, S. 61.

⁸ **European Commission** (1995): Euro-mediterranean Partnership. Barcelona Declaration and Work Programme, Brussels, S. 4.

⁹ **European Commission** (1995): Euro-mediterranean Partnership. Barcelona Declaration and Work Programme, Brussels, S. 2.

¹⁰ **Nienhaus, Volker** (1999): Euro-mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung?, in: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden-Baden, S. 91.

them in 12 years.“ Der oberste EU-Beamte der Generaldirektion Handel, *Karl Friedrich Falkenberg*, hat gesagt, dass es bei Assoziierungspolitik mit wirtschaftlich schwächeren Verhandlungspartnern nicht nur gilt, das vorhandene Misstrauen zu beseitigen, sondern auch die Einzelinteressen der EU-Mitgliedsstaaten zu schützen, die manchmal wie 15 lobbyistische Schwiegermütter handeln.

Unverständlich erscheint trotz aller Berücksichtigenden, dass in die Abkommen der Agrarsektor der MDL nicht miteinbezogen wurde, obwohl dieser bei den klassischen arabischen MDL eine besondere Rolle einnimmt. Eine Grafik deutet auf eine unbedeutende Beteiligung des Agrarsektors am BSP hin, doch stellt die Exklusion von landwirtschaftlichen Produkten bei der Freihandelszone einen fundamentalen und gravierenden Sachverhalt dar.

Zum einen sind eine große Anzahl von Arbeitsplätzen mit dem traditionellen Agrarsektor verknüpft, und zum anderen übersteigen in einigen MDL, beispielsweise in Ägypten, die Importe landwirtschaftlicher Güter aus Europa das Fünffache der arabischen Agrarexporte in die EU.

Beide *Tovias* und *El-Sayed Selim* finden darin den Grund, warum sich die Assoziierungsabkommen verzögern, später beeinträchtigt oder gar nicht von Seiten der MDL unterzeichnet wurden¹¹. Die europäischen Bemühungen zur Schaffung einer Freihandelszone mit ausgeschlossenen Agrarprodukten wurden von *Wippel* als „... *unterhalb der Glaubwürdigkeitsschwelle*“ angesehen. *Joffé* hat auch in einer Forschung über diese Problematik gesprochen und schilderte die Ausschließung der arabischen Agrarprodukte von der Freihandelszone als „... *loss of comparative advantage*.“

Eine ähnliche Bewertung wurde in einer Kommissionsmitteilung geschrieben, in der auf die „... *wirtschaftliche(n) und soziale(n) Bedeutung der Landwirtschaft in diesen Ländern und zum anderen auf den komparativen Vorteil, den sie ihrer Auffassung nach bei bestimmten landwirtschaftlichen Produkten haben ...*“, eingegangen wird.

¹¹ Vgl. *Tovias, Alfred und Jordi Bacaria*: Free Trade and the Mediterranean, in: Mediterranean Politics, Volume 4, Number 2, Essex 1999, S. 3; *El-Sayed*, London 1997, S. 81. Siehe auch: *Nienhaus*, Baden-Baden 1999, S. 97, 101.

Diese Beurteilung gilt auf die meisten Mittelmeerländer, da viele der arabischen Teilnehmerstaaten verstimmt sind, weil das Gerangel um Obst, Gemüse, Blumen und Olivenöl im Kontrast zu den Ansprüchen steht, die man im Hinblick auf die Euro-mediterrane Partnerschaft entwickelte¹². Ägypten zeigte ein Interesse, einen besseren Zugang zu den EU-Märkten zu bekommen, da durch das Zerfallen der Sowjetunion wichtige traditionelle Märkte wegfielen. *Manuel Marin*, damaliger EU-Kommissar, erklärte das wie folgt: „*Deutschland wird nicht in den Ruin getrieben, wenn es Ägypten einige tausend Tonnen Kartoffeln oder Schnittblumen mehr abnimmt als bisher!*“

Kritiken an der Mobilitätspartnerschaft

Die EU stellte Tunesien die Mobilitätspartnerschaft zur Verfügung vorausgesetzt, dass sich Tunesien zu der Rücknahme von irregulären Migranten aus der EU, der gemeinsamen Grenzkontrolle mit FRONTEX¹³ und der Kontrolle der Migrationsströme verpflichtet. Darüber hinaus wurden Visaerleichterungen für bestimmte Personengruppen zwecks der Arbeit vereinbart, die auf die Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten angepasst sind¹⁴. Man kann daraus schließen, dass sich die Mobilitätspartnerschaft keinesfalls auf eine gleichrangige Partnerschaft zwischen der EU und den Drittländern beruht. Das Ziel davon ist es, eine potentielle Migration zwischen Staatsbürgern der Partnerstaaten besser zu kontrollieren.

Die politische Konditionalität und vor allem der „more for more“-Ansatz setzen dabei kaum auf eine Förderung und Intensivierung der Beziehungen mit Ländern, die Fortschritte in ihrem Menschen- und Migrantenrechtsschutz machen, sondern auf Länder, die an der Seite der EU erfolgreich gegen die illegale Migration kämpfen.

¹² Als Beispiel dient hier Ägypten: 1995 exportierte die EU Agrarerzeugnisse im Wert von 840 Mio. US-\$ nach Ägypten. Dieser Summe standen ägyptische landwirtschaftliche Exporte in die EU von 154 Mio. US-\$ gegenüber, in: **El-Sayed**, London 1997, S. 81.

¹³ **FRONTEX** ist eine Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie koordiniert die operative Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, unterstützt diese bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten, erstellt Risikoanalysen und unterstützt Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, sofern diese zum Schutz der Grenzen Hilfe benötigen.

¹⁴ Vgl.: **Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement** (2012): EU Mobility Partnerships with Tunisia and Morocco. Guarantees for the respect of rights must be a prerequisite to any agreement, S.1.

Die EU gibt damit kaum Anreize, die fundamentalen Menschenrechte und die Rechte von Migranten und Asylbewerbern zu schützen.⁵¹ Im Bereich der Migration lässt sich bei der ENP und auch bei der Mobilitätspartnerschaft keine wesentliche Änderung der EU-Politik feststellen¹⁵. Der Fokus liegt nach wie vor auf Grenzkontrollen und der Bekämpfung illegaler Migration und geht bei beiden Partnern zu Lasten von Menschenrechten und Flüchtlingsschutz.

Vorwärts mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wir unterstützen beharrlich die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wirtschaftliches Wachstum, die Gerechtigkeit, die regionale Entwicklung und die territoriale Konvergenz, die als gleichberechtigt angesehen sind. Es ist uns von großer Bedeutung, dass die gesamte Bevölkerung vom Wachstum profitiert. Der Erfolg der Wirtschaftspolitik kann nicht nur an ihrem Beitrag zum Wachstum, sondern auch an dem Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, an ihrem Beitrag zur Verringerung der Armut und zur Entwicklung der armen Regionen gemessen.

Die EU-Wirtschaftspolitik darf nicht mit den Zielen der EU Entwicklungspolitik kollidieren oder ihr zuwiderlaufen. Deshalb müssen die von der EU mit den Mittelmeerländern aus dem Mittelmeerraum vereinbarten Handelsabkommen darauf abzielen, das Reichtumsgefälle zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers zu verringern, und zugleich müssen sie eine umweltpolitische und soziale Dimension erhalten, insbesondere was die Beachtung der Standards der IAO über menschenwürdige Arbeit anbelangt.

Liberalisierung der Landwirtschaft

Der Landwirtschaft kommt eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung, dem Umweltschutz sowie der Verringerung der Landflucht und der Migration zu. Jede Liberalisierung auf diesem Gebiet muss schrittweise erfolgen und den sozioökonomischen Bedingungen der einzelnen Länder

¹⁵ **Susanne Kuch (2014):** Alte Ziele in neuem Gewand „Security Partnership“ versus „Mobility Partnership“, Passauer Jean Monnet Papiere, Universität Passau, S.09.

angepasst werden. In der Landwirtschaft sollten globale Verhandlungen vermieden werden, stattdessen muss man fall- und ergebnisweise vorgehen und den Schutzbedarf für sensible Erzeugnisse berücksichtigen, die unter Umständen von einer Liberalisierung ausgenommen werden müssen. Zu diesem Zweck sollte über die Form einer integrierten Landwirtschaftspolitik Europa-Mittelmeer nachgedacht werden, die sowohl auf der Komplementarität der Sektoren und einer nachhaltigen Wasserpolitik beruht als auch auf Ernährungssouveränität setzt. Wir können die Investitionen in erneuerbare Energiearten und Energieeffizienz fördern und eine Verringerung der Treibhausgase ermöglichen. Auch müssen wir sie mit konkreten Vorschlägen zur Trinkwasserpolitik unterstützen und wirksam die Verschmutzung des Mittelmeers bekämpfen.

Bildung und Forschung

Bildung und Forschung sind für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung von vorrangiger Bedeutung. In Übereinstimmung mit den Millenniums-Entwicklungszielen besteht unser Ziel in einem gerechten und vorbehaltlosen Zugang zu guter Bildung. Darüber hinaus möchten wir erreichen, dass die in der wissenschaftlichen und universitären Zusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt werden, damit den Studenten und Akademikern des Südens die Mobilität im europäischen Raum, sei es im Rahmen von Studienaufenthalten oder kürzeren Austauschprogrammen, erleichtert wird. Hier erscheint die Ausweitung von TEMPUS auf die Nachbarschaftspolitik eine zusätzlich zu nutzende Möglichkeit. Dieses Programm sollte durch eine Mittelmeerversion des Programms ERASMUS-MUNDUS ergänzt werden. Wir raten es nicht, dass die euromediterrane Partnerschaft bei jeder Krise nur restaurieren werden soll, sondern schrittweise durch nachhaltige, langfristige und strategische Vision verstärkt werden muss.

Literaturverzeichnis :

Benyaklef, Mustafa (1997): Socio-economic Disparities in the Mediterranean, in: Gillespie, Richard : The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London .

Chalak, Al-Fadel (2003): Challenges to Economy and State in the Middle East, in: Looking Ahead, Challenges for Middle East Politics and Research, Edited papers of a workshop held at Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin in co-operation with EuroMeSCo.

Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement (2012): EU Mobility Partnerships with Tunisia and Morocco. Guarantees for the respect of rights must be a prerequisite to any agreement .

European Commission (1995): Euro-mediterranean Partnership. Barcelona Declaration and Work Programme, Brussels.

European Commission (1995): Euro-mediterranean Partnership. Barcelona Declaration and Work Programme, Brussels.

Koch Weser, Caio (1999): Herausforderung und Vision. Die wirtschaftliche Wiederbelebung des Nahen Ostens und Nordafrikas, in: Internationale Politik, Nr. 7, Bonn.

Nienhaus, Volker (1999): Euro-mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung?, in: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden- Baden.

Susanne Kuch (2014): Alte Ziele in neuem Gewand „Security Partnership“ versus „Mobility Partnership“, Passauer Jean Monnet Papiere, Universität Passau.

Weltbank (1995): Claiming the Future. Choosing prosperity in the Middle East and North Africa, Washington.

C.V

OUICI Kouider

Doctorant

Université d'Oran 2

Faculté des langues étrangères

Département d'Allemand

Email : ouicik@yahoo.fr